

Schweizer Demokraten (SD) (vormals Nationale Aktion für Volk und Heimat / NA)

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1987	1
1988	2
1989	2
1990	3
1991	4
1992	5
1993	5
1994	5
1995	6
1996	6
1997	7
1998	7
1999	7
2000	8
2001	8
2002	8
2003	9
2004	9
2005	9

1987

Bei den Wahlen von 1987 konnten die nationalistischen Rechtsparteien ihre Erfolge der letzten Jahre insgesamt nicht bestätigen. Die **Nationale Aktion für Volk und Heimat** (NA) verstrickte sich in mehrere Ehrverletzungsklagen gegen Journalisten. Am meisten Aufsehen erregte der Prozess gegen einen Berner Studenten, der geschrieben hatte, die NA würde sich von einer bieder-männischen Fremdenfeindlichkeit zu einem nazihaften Rassismus mausern. Die ganze NA-Prominenz versuchte sich im Zeugenstand gegen diese angebliche Unterstellung zu wehren; dabei wurde auch geäußert, man habe nichts dagegen, als rechtsextremistisch, rassistisch oder faschistisch bezeichnet zu werden, möchte jedoch nicht mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht werden. Das Gericht sah im inkriminierten Satz jedoch keine üble Nachrede und wurde in diesem Urteil später vom Bundesgericht unterstützt. Die NA zog darauf weitere Klagen, die bereits zu Verhandlungen geführt hatten, zurück; eine andere, die in erster Instanz zu einem Erfolg für die NA geführt hatte, wurde vom Berner Obergericht ebenfalls zurückgewiesen. Die Äusserung eines Berner Stadtrates, der sich als Nazi bezeichnete, sowie die der Neuen Nationalen Front im Aargau angebotene Listenverbindung für die Nationalratswahlen schürten die Konflikte zwischen einer radikaler werdenden Gruppe und eher gemäßigten Mitgliedern der NA. Von letzteren suchten einige Anschluss an die im Vorjahr von der NA abgespaltene ÖFP von Nationalrat Oehen. Um neben ihren fremdenfeindlichen Postulaten auch ihr ökologisches Engagement herauszustreichen, kündigte die Nationale Aktion im Wahlkampf die Lancierung einer "Grünflächeninitiative" an.

Die **Ökologische freiheitliche Partei der Schweiz (ÖFP)** versuchte sich gegenüber der NA besser abzugrenzen, indem sie dem Umweltschutz in ihrem Programm ein besonderes Gewicht gab und in der Bevölkerungspolitik lediglich ein Gleichgewicht zwischen der Ein- und der Auswanderung forderte. Die treibende Kraft der Partei, V. Oehen, verlor im Herbst allerdings seinen Nationalratssitz, so dass die Partei nicht mehr im Parlament vertreten ist. Die **Republikanische Partei** wandte sich gegen jede Aufnahme von Flüchtlingen aus anderen Kontinenten und gegen die Entwicklungshilfe; sie befürwortete dagegen den Föderalismus und den Umweltschutz.

1988

Die verschiedentlich totgesagte **Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA)**, welche rund 6 000 Mitglieder aufweist, bewies einerseits erstaunliche Vitalität, musste aber auch herbe Enttäuschungen hinnehmen. Mit einer Spendenkampagne konnte das auf über 150 000 Franken angewachsene Defizit in der Parteikasse, welches namentlich auch durch verlorene Prozesse entstanden war, restlos abgetragen werden. In Baselstadt setzte die NA ihren Aufwärtstrend fort und konnte ihre Vertretung um drei auf zehn Sitze steigern. Dagegen verlor sie ihr einziges Mandat im Kanton Thurgau und musste Einbussen in den Städten Bern und Biel hinnehmen. Die von ihr lancierte eidgenössische Volksinitiative "für die Begrenzung der Einwanderung" wurde in der Volksabstimmung mit einer Zweidrittels-Mehrheit überraschend deutlich abgelehnt. An ihrer Delegiertenversammlung wandte sich die NA entschieden gegen eine Annäherung der Schweiz an die EG. Sie befürchtet den Verlust der nationalen Identität und mehr Ausländer in der Schweiz; im weiteren warnte sie vor einer schleichenden Islamisierung. Die Lancierung der im Vorjahr angekündigten "Grünflächeninitiative" wurde verschoben.

Die 1986 von Valentin Oehen gegründete **Ökologische Freiheitliche Partei der Schweiz (ÖFP)** löste sich nach weniger als zwei Jahren wieder auf. Ausschlaggebend für diesen Entscheid waren weniger die bestehenden finanziellen Probleme als vielmehr die Erfolglosigkeit dieser neuen Formation. Gleichzeitig beschloss der 1987 als Nationalrat (ex-NA) nicht mehr wiedergewählte V. Oehen, sich endgültig aus der Bundespolitik zurückzuziehen. Er empfahl den ÖFP-Mitgliedern den Beitritt zu Parteien und Organisationen, die seiner Partei nahestehen, und nannte als Beispiel die bürgerlichen Grünen.

1989

Für die Nationale Aktion für Volk und Heimat verlief das Jahr 1989 **wenig erfolgreich**. Zwar konnte sie ihre drei Sitze im Aargauer Kantonsparlament halten, in der Stadt Lausanne schrumpfte ihr Wähleranteil hingegen von 14,2% auf 3,2%; sämtliche 16 Parlamentssitze gingen verloren. Als Pendant dazu halbierten sich in Genf bei den kantonalen Wahlen die Wähleranteile und die Sitzzahl der Überfremdungspartei "Vigilance". Im Nationalrat fielen die Vertreter der NA durch einen, verglichen mit früheren Zeiten, zurückhaltenderen Stil auf. Dieses Verhalten scheint einem ausdrücklichen Wunsch der Parteiführung zu entsprechen, die bestrebt ist, die **NA vom Image einer polternden Einthemenpartei zu lösen**. In die gleiche Richtung zielt auch die Suche nach einem neuen Namen für die Partei; ein Entscheid darüber wurde allerdings von der Delegiertenversammlung im November auf später verschoben.

Der Zentralvorstand entschied sich mit 22:6 Stimmen für die Ja-Parole zur Kleinbauerninitiative und mit 22 Stimmen gegen 6, die für Freigabe plädierten, gegen die Tempoinitiative. Über die Parole zur **Armeeabschaffung** beschloss eine Delegiertenversammlung. Sie lehnte die GSoA-Initiative mit 87:11 Stimmen etwas weniger deutlich ab als die bürgerlichen Parteien.

Nachdem der Nationalrat eine parlamentarische Initiative Ruf (BE) für einen arbeitsfreien ersten August abgelehnt hatte, lancierte die Partei eine entsprechende Volksinitiative. Schliesslich fasste die NA an ihrer Delegiertenversammlung vom 4. November auch den **Grundsatzbeschluss zur Lancierung einer Volksinitiative "für eine vernünftige Asylpolitik"**. Eine restriktivere Definition des Flüchtlingsbegriffs, kurze Fristen zur Gesuchsbehandlung und eine Plafonierung bilden die Kernpunkte des Vorschlages, dessen definitiver Text den Delegierten allerdings noch nicht vorlag. Die beantragte Lancierung einer zweiten Volksinitiative für eine generelle Reduktion der Ausländerzahl wurde hingegen zurückgestellt.

Die 1971 von James Schwarzenbach gegründete **Republikanische Partei** wurde an der Generalversammlung vom 22. April **aufgelöst**. Gemäss einzelnen Parteioxponenten soll damit eine klare Ausgangslage für den Aufbau einer neuen "Allianz von patriotischen Kreisen" geschaffen werden. Die Republikaner waren im Jahre 1971 mit 7 Mandaten im Nationalrat vertreten gewesen, 1975 noch mit 4, und von 1979 an mit keinem mehr.

1990

Die Nationale Aktion für Volk und Heimat hat sich an ihrer Delegiertenversammlung vom 9. Juni in **Schweizer Demokraten** umbenannt. Einige Kantonalsektionen (Innerschweiz, AG, FR, BL und BE) hatten diese Namensänderung bereits vor diesem Datum vorgenommen. Gegen die neue Namensgebung stimmten neben der waadtländischen auch die Zürcher Sektion, welche zwei der drei Nationalräte stellt und als grösste und finanzstärkste gilt. Sie wird sich vorläufig weiterhin NA nennen. Auch die Sektion Basel-Stadt machte bei der Umbenennung nicht mit: sie heisst inskünftig "Unabhängige Volkspartei" (UVP).

Hinter dem Namenwechsel stand erklärermassen die Absicht, sich vom **Image** einer auf das Thema 'Überfremdung' beschränkten Partei, welches der alten NA anhaftet, zu lösen und auch Anklänge an nationalsozialistische Parteien zu vermeiden. Vom neuen Namen erhoffen sie sich die Schweizer Demokraten auch grössere Attraktivität bei konservativ-patriotisch eingestellten Bürgerinnen und Bürger, welche sich von den bürgerlichen Parteien abwenden könnten, wenn sich diese aus europapolitischen Gründen für eine Relativierung der Volksrechte und der Neutralität aussprechen sollten. Eine Überarbeitung des Parteiprogramms hatte die Umbenennung allerdings nicht zur Folge.

Da er von seiner Partei keine Unterstützung erhalten hatte, lancierte der Zürcher NA-Nationalrat Meier seine **Überfremdungsinitiative** "gegen die Masseneinwanderung von Ausländern und Asylanten" im Alleingang. Die Partei selbst lancierte eine Volksinitiative zur Asylpolitik und war mit der Unterschriftensammlung für die Initiative "Für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag" beschäftigt. Diese Sammlung gestaltete sich äusserst mühsam, konnte aber erfolgreich zu Ende geführt werden.

Die Parolen zu den **eidgenössischen Abstimmungen** deckten sich mit denen der meisten linken und grünen Parteien: Der Zentralvorstand fasste die Ja-Parolen zu den Volksinitiativen zum Strassenbau und zur AKW-Politik sowie zum Energieartikel; die Revision der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes sowie den Rebbaubeschluss empfahl er hingegen zur Ablehnung.

Die SD sanken weiterhin in der **Wählergunst**. In der Waadt traten sie gar nicht erst an und verzichtete damit auf die Verteidigung ihrer 6 Mandate; in den Städten Zürich und Winterthur büssten sie mehr als die Hälfte ihrer Sitze ein.

Bei der Genfer **Vigilance** wurde ein Richtungsstreit zwischen Extremisten und Gemässigten ausgetragen. Nachdem im Frühjahr ein neuer Präsident gewählt worden war – der allerdings ein halbes Jahr später wieder demissionieren sollte –, wurde unter Führung der kantonalen Parlamentarier eine neue Partei unter dem Namen "**Mouvement patriotique genevois (MPG)**" ins Leben gerufen. Diese neue Bewegung lehnte Kontakte mit der NA/SD ebenso wie solche zu ausländischen rechtsextremen Parteien wie z.B. dem französischen "Front national" ab. Anfänglich suchte das MPG eine Allianz mit der Auto-Partei aufzubauen, musste jedoch die Verhandlungen wieder abbrechen. Einige Vertreter der Vigilance im Stadtparlament schlossen sich jedoch nicht dem MPG, sondern der Auto-Partei an.

1991

Die **Schweizer Demokraten** haben zu Beginn des Berichtsjahres die **Volksinitiative** "für eine vernünftige **Asylpolitik**" lanciert. Kernpunkte der Initiative sind sofortige Wegweisung illegal eingereister oder rechtskräftig abgewiesener Asylbewerber, eine weitere Verkürzung des Verfahrens auf sechs Monate, die Entbindung der Gemeinden von der Aufnahmepflicht sowie eine verstärkte Hilfe der Schweiz für bedrohte Menschen in den Herkunftsländern. Die im Vorjahr vom Zürcher Nationalrat Meier lancierte radikalere Volksinitiative "gegen die Masseneinwanderung von Ausländern und Asylanten" kam nicht zustande.

Im Hinblick auf die **eidgenössischen Abstimmungen** beschloss der Zentralvorstand die Ja-Parolen für das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 sowie für die SBB-Initiative, lehnte jedoch das Finanzpaket als unsozial und die Barras-Reform als zu weitgehend ab.

Die Delegiertenversammlung in Frauenfeld vom 22. Juni brachte klar die **europafeindliche Haltung** der Partei zutage; ein EG-Beitritt käme laut Zentralpräsident Keller einer faktischen Auflösung der Schweiz gleich.

Im Wahlkampf für die **Nationalratswahlen** bildete die Forderung nach einer restriktiven Asylpolitik im Sinne ihrer lancierten Initiative den Schwerpunkt, während der Ruf nach einer repressiven Drogenpolitik und die Ablehnung sowohl des EWR-Vertrags als auch eines möglichen EG-Beitrittsantrags an zweiter und dritter Stelle folgten. Die Schweizer Demokraten legten über ein halbes Prozent an Wählerstimmen (ohne Vigilance) hinzu und konnten ihre Vertretung von drei auf fünf Mandate erhöhen; damit erreichten sie ihr gestecktes Ziel, **Fraktionsstärke** zu erlangen. Wie die Autopartei und die SVP, welche dieselben Schwerpunkte in den Wahlkampfthemen

gesetzt hatten, konnten die SD von einer diffusen Proteststimmung in der Wählerschaft profitieren. Im Kanton Bern erreichten sie einen zweiten Sitz und in Baselland, wo die SD wie im Kanton Zürich eine Listenverbindung mit der Auto-Partei eingegangen waren, wurde der Zentralpräsident, Rudolf Keller, neu in den Nationalrat gewählt. Die Partei versuchte, vermehrt die weibliche Wählerschaft anzusprechen und stellte unter anderem im Baselbiet auch eine Frauenliste auf. SD-Kandidaturen gab es in zehn Kantonen; zudem bewarben sich erstmals Vertreter der SD in den Kantonen Luzern, Neuenburg, Aargau und Thurgau um einen Ständeratssitz. Die SD gingen mit der **Lega dei ticinesi**, welche zwei Nationalräte stellt, eine **Fraktionsgemeinschaft** ein; die beiden Fraktionspartner haben sich gegenseitig die Freiheit zugesichert, in Einzelfragen – etwa bezüglich der Armee oder der Lex Friedrich – abweichende Ansichten zu vertreten.

1992

Die Schweizer Demokraten setzten im Berichtsjahr ihren **Kampf gegen den Beitritt zum EWR** energisch fort und übten heftige Kritik am bundsrätlichen Gesuch um die Aufnahme von EG-Beitrittsverhandlungen. Die SD, unterstützt von ihrem Fraktionspartner "Lega dei Ticinesi", lancierten eine Volksinitiative "EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk", um den Bundesrat in seiner Integrationspolitik zu bremsen. Neben der Einschränkung direktdemokratischer Instrumente machten die SD vor allem die Gefahr einer Einwanderungsflut und Wohnungsnot als Argumente gegen den EWR-Beitritt geltend. Die Nein-Parole zur EWR-Abstimmung wurde von den Delgierten einstimmig beschlossen.

Die SD konnte ihr integrationsfeindliches Engagement nicht in Wahlerfolge umsetzen. Sowohl in Basel-Stadt als auch in der Stadt Bern büsste sie Wähleranteile und Sitze ein.

1993

Die SD unterstützten das von der Lega dei Ticinesi lancierte Referendum gegen ein Schweizer Kontingent von UNO-Blauhelmen. Die **von der SD lancierte Initiative** für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag wurde mit Ausnahme der Liberalen und der Grünen von allen Parteien unterstützt und mit grossem Mehr in der Volksabstimmung angenommen.

Zu den eidgenössischen Abstimmungen empfahlen die SD ein Nein zur Aufhebung des Spielbankenverbots, zur Erhöhung des Treibstoffzolls, zu den beiden Armeeinitiativen, zum Kantonswechsel des Laufentals sowie – aus europapolitischen Gründen – zu allen Mehrwertsteuervorlagen. Die Werbeverbotsinitiativen unterstützten sie hingegen zusammen mit den linken Parteien. Bei den kantonalen Wahlen stagnierten die SD.

1994

Im Berichtsjahr verstarb **James Schwarzenbach**, der erste Parlamentsvertreter und zeitweise Zentralpräsident der Nationalen Aktion, Vorgängerin der 1990 in Schweizer Demokraten umbenannten Partei. Schwarzenbach war vor allem durch die Überfremdungsinitiative von 1970 ("Schwarzenbach-Initiative") bekannt geworden.

Die SD konnten im Berichtsjahr die mit der Lega gemeinsam lancierte Volksinitiative "EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk" einreichen. Sie lancierten ausserdem alleine das **Referendum** gegen eine Lockerung der **Lex Friedrich**. Mit Protest reagierten die SD auf den Antrag des Bundesrats, die 1992 von ihnen eingereichte Volksinitiative "für eine vernünftige Asylpolitik" aus Völkerrechtsgründen für ungültig zu erklären.

Im Kanton Schwyz gründeten die SD eine neue Kantonalsektion.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** kämpften die SD vergeblich gegen eine Annahme des Anti-Rassismus-Gesetzes. Einen Abstimmungssieg erreichten sie jedoch mit der Ablehnung schweizerischer Blauhelmtruppen, gegen die sie das Referendum mitgetragen hatten. Entgegen den anderen Parteien des rechten Spektrums sprachen sich die SD für die Alpeninitiative aus.

Bei den **kantonalen Wahlen** verloren die Schweizer Demokraten in Bern einen ihrer drei Sitze.

1995

Im Juni lehnte die Schweizer Stimmbevölkerung eine Lockerung der "**Lex Friedrich**", gegen welche die Schweizer Demokraten im Alleingang das Referendum ergriffen hatten, ab. Damit konnte sich die Partei als einzige Bekämpferin des "Ausverkaufs der Heimat" feiern lassen, hatten doch alle anderen Parteien mit Ausnahme der EDU (die Grünen beschlossen leer einzulegen) der Vorlage zugestimmt.

Die SD stieg mit ihrem angestammten Thema in den nationalen Wahlkampf und lancierte eine Volksinitiative "**Masshalten bei der Einwanderung**", wonach die jährliche Zahl der Einwanderer die Zahl der Auswanderer des Vorjahres nicht übersteigen darf. Die 1992 eingereichte SD-Initiative "Für eine vernünftige Asylpolitik" wurde auf Antrag des Bundesrates vom Ständerat wegen Völkerrechtswidrigkeit für ungültig erklärt.

Nachdem die SD auf kantonaler Ebene 1995 einen Sitz zulegen konnte, verlor sie bei den eidgenössischen Wahlen zwei ihrer bisher fünf Nationalratsmandate. Bei der Ausmarchung um die Fraktionszusammenschlüsse verlor die Partei zudem ihren bisherigen Fraktionspartner Lega an die Freiheits-Partei. Eine Fraktionsgemeinschaft mit den Schweizer Demokraten lehnte die FPS ab. Mit nur drei Nationalräten ist die SD somit neu **fraktionslos**.

1996

Nach dem Ständerat erklärte auch der Nationalrat die 1992 eingereichte Volksinitiative der SD "**Für eine vernünftige Asylpolitik**" wegen Unvereinbarkeit mit zwingendem Völkerrecht für ungültig.

In St. Gallen verlor die SD anlässlich der kantonalen Parlamentswahlen ihren einzigen Sitz. Damit ist die Partei noch **in fünf kantonalen Parlamenten** (AG, BE, BL, BS und ZH) vertreten.

1997

Die Schweizer Demokraten brachten ihre vor den Nationalratswahlen 1995 lancierte Volksinitiative "**Masshalten bei der Einwanderung!**" nicht zustande. Sie wollten den Grundsatz in die Verfassung schreiben, dass die jährliche Einwanderung das Ausmass der Auswanderung des Vorjahres nicht übersteigen darf.

Bei den **kantonalen Wahlen** gewannen die Schweizer Demokraten im Aargau überraschend vier Sitze hinzu und erreichten damit wieder Fraktionsstärke.

1998

Ehemalige Mitglieder der Westschweizer Sektionen der Schweizer Demokraten **gründeten** eine politisch weit rechts stehende Bewegung, die "**Union des patriotes suisses**". Die Ursache für die Abspaltung seien Persönlichkeitsprobleme zwischen der Deutschschweizer SD-Zentrale und den Westschweizer Sektionen. Die neue Partei kündigte an, eine eigene Zeitung namens "Pays romand" herauszugeben.

Nationalrat und **SD-Zentralpräsident Rudolf Keller** (BL) lancierte einen **Aufruf** zu einem "Amerika-Boykott", da er sich die Boykott-Drohungen amerikanischer Behörden im Zusammenhang mit der Schweizer Rolle im Zweiten Weltkrieg nicht mehr gefallen lassen wollte. In einem Communiqué rief er dazu auf, "sämtliche **amerikanischen und jüdischen Waren**, Restaurants und Ferienangebote solange **zu boykottieren**, bis diese gemeinen und völlig unberechtigten Angriffe und Klagen gegen die Schweiz" aufhörten. Dazu präzisierte er, dass sich der Boykottaufruf nicht gegen jüdisch-schweizerische Firmen, sondern ausschliesslich gegen jüdisch-amerikanische richtete. Gegen ihn wurde ein Verfahren wegen Verstosses gegen das Antirassismugesetz eröffnet.

Der Berner SD-Kantonalvorstand beschloss, den seit 1983 im **Nationalrat** sitzenden **Markus Ruf** für die nächsten Wahlen **nicht mehr zu nominieren**. Die Parteiführung warf im vor, in den letzten zwei Legislaturperioden wiederholt gegen die Parteimeinung gestimmt und die SD-Kernthemen Ausländer- und Asylpolitik vernachlässigt zu haben. Im Dezember teilte Ruf seinen Parteiaustritt aus politischen und persönlichen Gründen mit und kehrte auch der SD-Bundeshausfraktion den Rücken, womit die Schicksalsgemeinschaft von SD, Lega und dem abtrünnigen Tessiner Freisinnigen Pini ihre Fraktionsstärke verlor.

Bei den **kantonalen Wahlen** in Bern gewannen die Schweizer Demokraten einen weiteren Sitz hinzu und sind neu mit drei Mandaten im Parlament vertreten.

1999

Das im Vorjahr gegen den Präsidenten der Schweizer Demokraten, Nationalrat Rudolf Keller (BL), eingeleitete **Strafverfahren wegen Verstosses gegen das Anti-Rassismugesetz** konnte nicht durchgeführt werden. Der Nationalrat hiess das Gesuch der Strafbehörden um Aufhebung der parlamentarischen Immunität zwar gut, der Ständerat lehnte es aber ab, da seiner Meinung nach ein direkter Zusammenhang zwischen Kellers politischem Amt und dem inkriminierten Boykott-

Aufruf amerikanischer und jüdischer Geschäfte vorliege. Nachdem 1998 die SD des Kantons Bern beschlossen hatten, Nationalrat Markus Ruf wegen fehlender Übereinstimmung mit den Parteizielen für die Wahlen vom Herbst 1999 nicht mehr zu nominieren, trat dieser im Berichtsjahr aus der Partei aus. Er kandidierte erfolglos auf der Liste des LdU.

Die SD fassten im März die **Nein-Parole zur Revision der Bundesverfassung**. Es handle sich dabei um eine unschweizerische und gefährliche Mogelpackung. Stossend empfand die Partei insbesondere den veränderten Passus, wonach in Zukunft nicht mehr die "Freiheit und Rechte der Eidgenossen" sondern nur noch die "Rechte der Bevölkerung" zu schützen seien. Die SD wehrten sich dagegen, da damit die ausländische Bevölkerung der schweizerischen Bevölkerung gleichgestellt werden könnte, namentlich im Stimm- und Wahlrecht.

Im Herbst lancierten die SD zusammen mit der Lega das **Referendum gegen die bilateralen Verträge** mit der EU.

Bei den **Nationalratswahlen** verloren die SD zwei ihrer drei Sitze. Der Wähleranteil reduzierte sich von 3,1% auf 1,8%. Obwohl die SD im Kanton Baselland mit einem Wähleranteil von 10,1% ihr bestes Resultat erreichten, schaffte Präsident Keller die Wiederwahl nicht.

2000

Die von Schweizer Demokraten und Lega dei Ticinesi angeführte **Opposition gegen die bilateralen Verträge mit der EU** brachte im Februar das Referendum zustande. Im Mai beschlossen die Delegierten einstimmig die Nein-Parole. Gleichzeitig drohte die Partei mit einem Referendum, sollten die Einbürgerungsvorschriften in der Schweiz liberalisiert werden.

Bei den **Parlamentswahlen im Kanton Basel-Stadt** verloren die SD drei ihrer acht bisherigen Mandate. Die Teilnahme an den Wahlen in St. Gallen und Thurgau brachte keinen Erfolg.

2001

Parteisekretär Alexander Nyffenegger musste sein **Amt aufgeben**, angeblich, weil er eine ukrainische Nachtclub-Tänzerin geheiratet hatte, kurz bevor deren Aufenthaltsbewilligung abgelaufen war. Als Nachfolgerin war die Berner Stadträtin Lydia Riesen vorgesehen.

Bei den **Parlamentswahlen im Aargau** büssten die SD drei ihrer bisher sieben Mandate ein.

2002

Bei den **Parlamentswahlen im Kanton Bern** konnte die SD ihre bisherigen drei Sitze halten. Wie die anderen kleinen Rechtsparteien (FP, Lega und EDU) bekämpfte auch die SD den Beitritt der Schweiz zur UNO.

2003

Die Schweizer Demokraten lancierten eine **Volksinitiative „Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten“**. Sie verlangt, dass die Zahl der in einem Jahr einwandernden Personen, inklusive der Asylsuchenden, nicht höher sein darf als die der im Vorjahr Ausgewanderten.

Die Schweizer Demokraten gaben die **Ja-Parole** zur **Sonntagsinitiative** und zu den beiden **Atominitiativen** heraus; die übrigen vier Volksbegehren lehnten sie ab.

Bei den **Nationalratswahlen** konnten die SD ihren Sitz im Kanton Bern verteidigen. Bei den kantonalen Wahlen in Basel-Land und in Zürich büssten sie insgesamt sechs Mandate ein und stellen noch 4 (BL) resp. 1 Parlamentarier (ZH).

2004

Die Schweizer Demokraten ergriffen das **Referendum gegen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten**. Sie erhofften sich damit eine Profilierung auf Kosten der SVP, der, anders als bei Schengen/Dublin, bei dieser Vorlage die Hände gebunden seien.

Bei den Grossratswahlen in **Basel-Stadt** verpassten die SD die **5%-Hürde** und mussten ihre fünf bisherigen Mandate abtreten.

2005

Mit dem Referendum gegen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten wollten sich die Schweizer Demokraten **gegenüber der SVP profilieren**. Ein guter Teil der Wirkung ging aber in der Kampagne, in der vor allem die Opposition der SVP wahrgenommen wurde, wieder verloren.

Nach der Verkleinerung des Aargauer Grossen Rates von 200 auf 140 Sitze konnten die SD ihr Mandat nicht verteidigen; sie sind nur noch in den Parlamenten der Kantone Basel-Land, Bern und Zürich vertreten.